

Bezugpreis: Vierteljährl. 2.—, Monatl. 1.—, ...

Einzelgenpreis: Die achtgezahlte Monatsbeilage ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Dienstag, den 15. Juli 1919. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Weltorganisation der Lebensmittel.

Amsterdam, 15. Juli. (T.M.) „Handelsblad“ meldet vom 14. Juli aus London: Der „Manchester Guardian“ schreibt: Die englische Regierung hofft, daß eine Art von Weltgenossenschaft gebildet werde, um die europäische Lage zu retten.

ein Glied des Völkerbundes bilden werde. Amerika hat bisher seine Zustimmung zu diesem Antrage nicht gegeben und soll auch nicht dazu geneigt sein.

Die kommende Erbschaftsteuer.

Jeder sozialdemokratischen Auffassung widerspricht der ererbte Gewinn, der die höchste Blüte bürgerlichen Wohlstands ist. Bazard, ein folgerichtiger Fortsetzer der Lehren St. Simons, entwickelte die Forderung nach Aufhebung des Erbrechts: der Staat solle alle Erbschaften einziehen und an die Verteilen, die die geeignetsten wären.

Zur Rückkehr unserer Kriegsgefangenen.

Wirtschaftsbeihilfe und Unterstützungsorganisationen. Weimar, 14. Juli. Ueber die Vorbereitungen für die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen führte der Abg. Stüden, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, in dem Raum der Nationalversammlung in Weimar heute in einem längeren Vortrag folgendes aus: Rücktransporte von deutschen Kriegsgefangenen haben bisher, abgesehen von einem kleinen Transport der im Saargebiete beheimateten Gefangenen, nicht stattgefunden.

Bedrohende ungarische Offensive gegen Rumänien.

Wien, 15. Juli. (Melbung des Holländisch-Russbüros.) Wie das „Neue Wiener Tageblatt“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat die Budapestiner Regierung beschlossen, mit der Roten Armee eine Offensive gegen Rumänien zu unternehmen. Dieser Beschluß wurde auf Verlangen Bela Kun's gefaßt, der die Absicht hat, gegen die rumänische Armee vorzugehen, ehe die Entente ihre Angriffsabsichten verwirklichen kann.

Während in Frankreich die ersten praktische Vorschläge machenden Sozialisten am Erbrechte, dieser Grundfeste der bürgerlichen Gesellschaft, rüttelten, hat Margens großer Lehrer, Hegel, in den „Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundriss“ ähnliche Vorschläge gemacht wie Enfantin.

Bei der Entlassung soll ferner jeder Gefangene eine Abfindungssumme von 50 M. und die Gebühren für 8 Wochen erhalten, so daß er annähernd einen Betrag von 300 M. mitbekommt.

Die Entente an Bela Kun.

Paris, 15. Juli. Die alliierten und assoziierten Regierungen ließen Bela Kun die Mitteilung zugehen, daß sie die Verschonung aller Obligationen und anderer Wertpapiere, die sich im Besitz ihrer Staatsangehörigen befinden, als schweren Diebstahl ansehen, und alle Konfiskationsmaßnahmen der kommunistischen Regierung für null und nichtig betrachten würden.

Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland.

Paris, 15. Juli. Aus Paris wird gemeldet: Die interministerielle Kommission veröffentlichte eine Note über die Rückgängigmachung der Blockade, wobei sie auf die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland Bezug hat. Im Allgemeinen geht aus dieser Note hervor, daß die Ausfuhr von Frankreich nach Deutschland freigegeben wird, aber die deutsche Einfuhr nach Frankreich weiter unterzagt bleibt.

Wohlfinden unserer Kriegsgefangenen.

Berlin, 15. Juli. Wolff verbreitet folgende Mitteilung: Bekanntlich waren in den letzten Monaten ganz außerordentlich ungünstige Nachrichten über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen bei den Arbeitskompanien in dem früheren Operationsgebiet eingegangen. Erst nach langen Bemühungen konnte durchgesetzt werden, daß Delegation der schweizerischen Gesandtschaft in Paris die Erlaubnis erhielt, diese Kriegsgefangenen zu besuchen. Die Berichte gehen jetzt ein und zeigen erfreulicherweise, daß die französische Regierung endlich durchgegriffen und den schlimmsten Missetatungen gesteuert hat.

Französische Sozialistenberatung über den Friedensvertrag.

Berailles, 14. Juli, 7 Uhr abends. In der heutigen Vormittagssitzung des Nationalrats der sozialistischen Partei wurde die Beratung über den Friedensvertrag fortgesetzt. Ferdinand Faure wandte sich gegen den Kriegsozialismus und sprach die Erwartung aus, daß die Sozialisten gegen den Friedensvertrag stimmen würden. Mistral erklärte, er und seine Freunde würden den Vertrag ablehnen und kritisierte scharf den Vertrag, den er den Gewaltakt von Versailles nannte.

Die Chefredaktion des „Vorwärts“.

Mit dem heutigen Tage übernimmt, der Verfassung durch Parteivorstand und Pressekommission folgenden, Gen. Paul Vaber die Chefredaktion des „Vorwärts“. Gen. Vaber war bisher Chefredakteur unserer Hochburger Parteiblätter.

Die Chefredaktion des „Vorwärts“.

Mit dem heutigen Tage übernimmt, der Verfassung durch Parteivorstand und Pressekommission folgenden, Gen. Paul Vaber die Chefredaktion des „Vorwärts“. Gen. Vaber war bisher Chefredakteur unserer Hochburger Parteiblätter.

Die Chefredaktion des „Vorwärts“.

Mit dem heutigen Tage übernimmt, der Verfassung durch Parteivorstand und Pressekommission folgenden, Gen. Paul Vaber die Chefredaktion des „Vorwärts“. Gen. Vaber war bisher Chefredakteur unserer Hochburger Parteiblätter.

Gewerkschaftsbewegung

Jahresbericht der Gewerkschaftskommission.

In der am Montag abgehaltenen Versammlung der Berliner Gewerkschaftsvorstände erstatteten die Sekretäre den Rechenschaftsbericht für das Jahr 1918.

Der Bericht gab einen Überblick über den Stand der Gewerkschaftskommission. Der Kassendebetstand, der sich im Jahre 1918 auf 158.000 M. belief, betrug im Berichtsjahre nur noch 42.000 M. Dieser Rückgang hat seine Ursache in dem während des Krieges eingetretenen Mitgliederverlust und der dadurch verminderten Einnahme. Wenn das Sekretariat in seinem bisherigen Umfang und mit seinem bisherigen Aufgabenspektrum erhalten und auch das Gewerkschaftshaus in gewohnter Weise weiter verwaltet werden soll, ist es nicht möglich, mit den jetzigen Beiträgen auszukommen. Es wird notwendig sein, den Beitrag, den die Gewerkschaften für das Sekretariat und für die Herberge zahlen, um je 10 Pf. pro Mitglied, also von je 20 Pf. auf je 30 Pf., zusammen also auf 60 Pf. zu erhöhen.

Der Bericht behandelte den gewerkschaftlichen Teil des Jahresberichts, aus dem wir bereits in der Sonntagsnummer das meiste mitgeteilt haben. Der Redner verwies auf den Mitgliederzuwachs im Berichtsjahre, und bemerkte, man hätte nach den Ergebnissen des 9. November eine noch größere Zunahme erwarten können, aber vielleicht werde sich nach dem Verlauf des laufenden Jahres besser machen. Ein wunder Punkt im Berliner Gewerkschaftsleben sei die überaus starke Fluktuation der Mitglieder. Der weitaus größte Teil der Mitglieder sei noch nicht ein Jahr in der Organisation. Mit so jungen Mitgliedern könne man vielleicht Angebotsfolge, aber keine dauernden Erfolge erzielen. Die Gewerkschaftsführer müßten sich bemühen, daß die Stärke der Organisation in ihrer Stetigkeit liegt.

Sind erhaltene Verträge über die Tätigkeit des Arbeiters. Auch aus diesem Teil des Berichts hat der „Vorwärts“ bereits das Wesentlichste veröffentlicht.

Schulz beantragte namens des Ausschusses, die Beiträge der Gewerkschaften — wie kürzlich vorgeschlagen hatte — von 40 Pf. auf 60 Pf. pro Mitglied und Jahr zu erhöhen. Ferner beantragte der Ausschuss, das Monatsgehalt der Sekretäre auf 700 M., der männlichen Angestellten auf 575 M., der weiblichen Hilfskräfte auf 450 M., rückwirkend vom 1. April ab, zu erhöhen.

Die Diskussion drehte sich weniger um den Rechenschaftsbericht als vielmehr um

Allgemeine Fragen der Gewerkschaftspolitik.

Vollmerhaus verweist beim Ausschuss der Gewerkschaftskommission Aktivität bei wichtigen Vorkommnissen. Beim Verleumdungsstreik hätte der Ausschuss eingreifen müssen, anstatt dem Volksgesetz die Initiative zu überlassen. Auch bei politischen Streiks müsse der Ausschuss die Führung übernehmen. Der Ausschuss müsse enge Fühlung mit dem Volksgesetz halten, um eingreifen zu können, wenn er von den Arbeiterräten zur Förderung des Streiks aufgefordert werde.

Wir müßten uns auf den Boden des Räteystems stellen, wie es Richard Müller auf dem Generalkongress vertreten habe. Der Redner beantragte eine lange Resolution. Sie geht davon aus, daß es Aufgabe der auf dem Boden des Sozialismus stehenden Gewerkschaften sei, den revolutionären Kampf zur Befreiung der kapitalistischen und Einführung der sozialistischen Gesellschaft mit allen Mitteln, auch dem des Generalstreiks zu unterstützen. Die Resolution fordert, daß sich die Gewerkschaftskommission hinter die mit besonderen Rechten aus-

zustandenden Arbeiterräte stelle und den auf Unterbindung des Räteystems gerichteten Bestrebungen entgegenstehe. Da die Arbeitsgemeinschaft ein Mittel zur Stärkung der Kapitalherrschaft sei, solle jedes Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit der Arbeitsgemeinschaft grundsätzlich abgelehnt und eine enge Verbindung mit den Arbeiterräten hergestellt werden.

Ferner beantragte Vollmerhaus:

Der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission soll nicht ein Angestellter sein, sondern aus den Reihen der unbefehlten Mitglieder des Ausschusses gewählt werden. Zur Vertretung der Gewerkschaft soll ein Geschäftsführer gewählt werden, der ebenso wie die Sekretäre, dem Ausschuss und dem Plenum gegenüber verantwortlich ist.

Nachdem einige Redner in demselben Sinne wie Vollmerhaus gesprochen hatten, trat Schulz (Sattler) diesen Ausführungen entgegen. In Aktivität habe es der Ausschuss nicht fehlen lassen. Hinsichtlich der politischen Streiks sei er der Meinung, daß sie nicht den Interessen der Allgemeinheit dienen könnten. Streiks, die sich gegen eine Arbeiterregierung richten, könne der Ausschuss nicht unterstützen. Die Resolution Vollmerhaus stehe im Gegensatz zu dem Beschluß des Generalkongresses, der die Arbeitsgemeinschaft anerkenne, die ja nichts weiter sei als eine Fortsetzung der Kapitalherrschaft. Die Opposition auf dem Generalkongress habe ausdrücklich erklärt, daß sie sich auf den ihrer Auffassung nicht entsprechenden Beschlüssen fügen werde. Auch hiergegen verstoße die Resolution Vollmerhaus. Der Antrag über die Wahl des Vorsitzenden widerspreche dem Regulative der Gewerkschaftskommission.

Kaplan trat für das politische Räteystem ein. Kürzer bemerkte, der Ausschuss habe fortgesetzt versucht, mit dem Volksgesetz zusammenzuarbeiten, der Ausschuss habe sich wiederholt zu gemeinsamen Verhandlungen zur Verfügung gestellt, aber der Volksgesetz habe schließlich erklärt: Wenn wir euch brauchen, werden wir euch rufen. — Dem Ausschuss könne man es also nicht zum Vorwurf machen, daß eine rege Fühlung mit dem Volksgesetz nicht zustandekomme sei. — Zu dem Verlangen, die Gewerkschaftskommission solle bei großen Streiks eingreifen, sei zu sagen, daß Streiks Angelegenheiten der einzelnen Gewerkschaften seien, worüber diese selbst, aber nicht die Kommission, zu beschließen habe. Raffini sprach gegen die Resolution Vollmerhaus, deren Annahme eine Zersplitterung in den Gewerkschaften bedeuten würde. Loß trat dieser Auffassung entgegen. Die Resolution sei nur der Willensäußerung der Berliner Arbeiter, deren Mehrheit auf dem Boden des Räteystems stehe und gegen die Arbeitsgemeinschaft sei. Zu dem Antrag des Ausschusses auf Gehaltserhöhung wurden verschiedene Vorschläge beantragt. Beschlossen wurden folgende Sätze, die vom 1. Mai ab gegült werden sollen: Sekretäre 720 M., Hilfsarbeiter 600—650 M., weibliche Hilfskräfte 450 M.

Der Antrag auf Beitragserhöhung wurde an den Ausschuss zurückverwiesen. Der Antrag Vollmerhaus (Wahl des Vorsitzenden und Geschäftsführers) wurde ebenfalls dem Ausschuss überwiegen. Die Resolution Vollmerhaus wurde gegen eine starke Minderheit angenommen.

Wahl des Ausschusses

hatte das folgende, den Vorschlägen der einzelnen Berufsgruppen entsprechende Ergebnis: Thoms (Kaufer), Siepelt (Gastwirtschaftliche), Albrecht (Bauarbeiter), Böse (Holzarbeiter), Lohs (Transportarbeiter), Loß (Metallarbeiter), Schumacher (Schneider), Vollmerhaus (Schumacher), Bauer (Duranngestellten), Reimann (Vertreter verschiedener Berufe).

Als Revisoren wurden Schmidt (Handlungsgehilfe), Kühn (Kupfergießerei) und Räder (Fabrikarbeiter) gewählt.

Die Telegraphenarbeiter gegen Erzberger.

Der Bund der Telegraphenarbeiter hielt am Montag eine große Versammlung in den Sophienböden ab, in der Bundessekretär Galentin referierte. Er bezeichnete die von dem Reichsfinanzminister Erzberger gegebene Darstellung über die wirtschaftliche Lage der Telegraphenarbeiter und Handwerker als völlig falsch und als eine Übertreibung, wie sie nicht größer gedacht werden könne. Aus allen Ecken des Reiches seien Brieflich und telegraphisch Proteste eingelangt. Der Verband habe Protestschreiben geschickt an 1. den Reichsfinanzminister Erzberger, der aufgefordert wurde, seine falsche Darstellung, die er vor der Nationalversammlung gemacht habe, unverzüglich an der gleichen Stelle richtig zu stellen; 2. an den Reichspräsidenten Ebert, der gebeten wurde, in seiner Eigenschaft als Oberhaupt des Deutschen Reiches Erzberger auf seinen Fehler aufmerksam zu machen. Ferner wurde dem Reichspostminister die Auforderung zugesandt, dem Reichsfinanzminister die Unterlagen für die Einkommensverhältnisse der Telegraphenarbeiter zuzustellen.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die entschieden protestiert gegen die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechenden Angaben des Ministers Erzberger, die geeignet seien, die Telegraphenarbeiter und Handwerker in den Verdacht zu bringen, als ob sie übertriebene Forderungen ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl aufstellten, während sich doch die Telegraphenarbeiter stets bemüht haben, ihre Forderungen mit den Interessen der Allgemeinheit in Einklang zu bringen.

Ferner wurde noch eine zweite Entschließung angenommen, die sich mit den Forderungen der niederen Beamten, die im Telegraphenarbeiterverband organisiert sind, befaßt, die besonders das Erhalten der Versammlung darüber ausdrückt, daß an dem Regierungsamt nichts heraus erklärt worden ist, daß an dem Beamtenbesoldungsverhältnissen überhaupt nichts geändert werden soll.

Traktorarbeiter und Arbeiterinnen. Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 Uhr, Versammlung der Traktorarbeiter, Ullrichstr. 21. 1. Das gegenwärtige Lohn- und Arbeitsverhältnis in unserer Branche. 2. Verbandangelegenheiten und Beschäftigung. — Vertrauensmännerversammlung um 6 Uhr in demselben Lokal.

Berichtszeitung.

Wenn Fleischspeisen ohne Marken abgegeben werden.

Auf einer Hamsterfahrt kehrte der Maler K. in das Restaurant S. in Templin ein. Der Gast wollte eine Fleischspeise essen, und bereitwillig wurde ihm ein Braten ohne Marken serviert. K. witterte größere Fleischsorten und machte dem ihm bekannten M. aus Berlin auf die Vorräte scharf. M. war in solchen Sachen „besonders“. In der Nacht vom 27. zum 28. Mai kamen die beiden nach Templin, brachten den K. den Rest und den K. übertrug alle ihre Erwartungen. Logen doch dort mehrere Schinken, Kalbskeulen und Schweinefleisch. Die Männer packten ein, soviel wie sie nur schleppen konnten. Allein vier Schinken ließen sie mit sich gehen. Auf dem Bahnhof in Potsdam wurden sie festgenommen. Das gestohlene Gut wurde der Besitzerin wieder zugeführt. Während seiner Strafverbüßungen zeigte sich K. als bittorer als gewandter Entschelungskünstler, daher wurde er zum Termin mit Handschellen in die Anklagebank geführt. Das Gericht verurteilte K. wegen schweren Diebstahls und Anlegung eines falschen Namens zu sieben Monaten und eine Woche Gefängnis. K. wegen derselben Vergehen zu zwei Jahren Zuchthaus eine Woche Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Kuhla-Pianos

Verkauf im Fabrikmagazin
N 21, Watterstr. 17/18.

Elektromotore

Gleichstrom, Drehstrom
Laut, leise, verlustlos
L. Schönbeger, Elektr.-Fabrik
Blumenstraße 100, Wlfr. 17/18.

Ein Freudentag ist der Waschtage



mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebig-Dampf-Wasch-Automaten, der demnächst in Arbeit ist. Arbeitslohn, Seife und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Kochherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung, größte Schonung der Wäsche, selbst mit den markenfreien Selteneren Mitteln, wovon wir das Bestbewährte auf Wunsch liefern. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequemere Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe und dem zurzeit in Frage kommenden Teuerungsschlag von 61 Mark an.

Näheres durch Preisliste V. mit Abbildungen gratis.
„Liebig-Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale“, Berlin-Wilmersdorf, Holzrollerdamm 17a.

Beckmann

Beckmannsche
Rasche Hilfe
Zentral-Telephon
Kaufhaus
Preuß. Domänenamt 70.

Wahl

Wahl
Wahl
Wahl

Buchhandlung Vorwärts

G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sonntage eines Großstädtlers in der Natur

Von Kurt Grotte mit
Mit einem Vorwort
von Wilhelm Bölsche
5. Aufl. geb. Mk. 3.—

Sie gehen wie auf Federn!!!

Kein SCHWEISSFUß, kein BRENNEN und DURCHLAUFEN der Füße bei Anwendung von „SOMA“
PRESERVATIV-CREME. — Nur echt bei
Sünderhant & Co., Berlin, Große Frankfurter Straße 39.

Kranke Ziegen

Am 1. September
Tierarzt Jüling, Berlin, Große Frankfurter Straße 39.

Dr. Grütering

Spezialarzt
Invalidenstr. 35
Ecke Chausseestraße am
Steinberg-Bahnhof.
1/11—1/3—1/7, Sonnt. 11—12.

Sanitärat

Dr. Wegscheider's
Brustkur u. Tropfen
nach Original-Vorschrift
gegen Husten und Lungenleiden in Paketen zu 4,50
und 7,50 Mk.
Kleinanstalt Apotheke
Berlin, Leipziger Str. 74,
Dönhofsplatz.

Verkäufe

Wohnungsmöbel, Bilder, Kunstgegenstände, etc.

Wohnungsmöbel

Wohnungsmöbel, Bilder, Kunstgegenstände, etc.

Wohnungsmöbel

Wohnungsmöbel, Bilder, Kunstgegenstände, etc.

Wohnungsmöbel

Wohnungsmöbel, Bilder, Kunstgegenstände, etc.

Wohnungsmöbel

Wohnungsmöbel, Bilder, Kunstgegenstände, etc.

Wohnungsmöbel

Wohnungsmöbel, Bilder, Kunstgegenstände, etc.